

Karl R. Kegler

## Messbarkeit und Willkür in der NS-Siedlungsplanung

„Menscheneinsatz“ und „völkische Planwirtschaft“ in den eingegliederten Ostgebieten

**Zusammenfassung:** Das Sammeln, Zusammenführen und Operationalisieren von Daten besitzt historische Vorläufer. Der Beitrag untersucht den Einsatz quantitativer Methoden in der NS-Raum- und Bevölkerungsplanung an drei Fallstudien: Gottfried Feders und Fritz Rechenbergs Stadtplanungslehre, Gerhard Isenbergs Tragfähigkeitsmethode und Walter Christallers Bevölkerungsverteilungsplanung während des Krieges, die auf dem Modell der Zentralen Orte aufbaute. Im Ergebnis erweist sich, dass in diesen Beispielen vordergründig präzise Zahlenangaben auf fragwürdigen methodischen Grundlagen basieren. Für die Analyse quantitativer Methoden in ihrem historischen Kontext ergibt sich aus diesem Befund die Herausforderung, die Verbindung vermeintlicher Normalität und Normativität zu hinterfragen.

**Schlagwörter:** Quantitative Methoden; NS-Raumplanung; Zentrale Orte; Tragfähigkeit; Bevölkerungsplanung

**Abstract:** The collection, aggregation, and operationalisation of data has historical antecedents. This article examines the use of quantitative methods in Nazi spatial and population planning in three case studies: Gottfried Feder’s and Fritz Rechenberg’s urban planning theory, Gerhard Isenberg’s regional economic capacity method, and Walter Christaller’s wartime population distribution planning that was based on his Central Places Model. As a result, using these examples, it is found that figures that look precise and objective turn out to be based on questionable methodological, or rather ideological, suppositions. For the analysis of quantitative methods in their historical context, this evidence questions the connection between a pretended normality and normativity.

**Keywords:** Quantitative methods; Nazi regional planning; central places; regional economic capacity; population planning

---

Prof. Dr. Karl R. Kegler, Hochschule München, Fakultät Architektur, Karlstraße 6, 80333 München, karl.kegler@hm.edu

© Open Access. © 2021 Karl R. Kegler, publiziert von De Gruyter.  Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 License.

<https://doi.org/10.1515/9783110759891-002>

## Quantitative Methoden in der NS-Raumplanung

„Messbarkeit“ – die Quantifizierung von Wirtschaftsleistung, Einflussgrößen, Distanzen und menschlicher Arbeitsleistung – ist eines der wesentlichen Konzepte moderner Planung, die mit wissenschaftlichen Grundlagen und Methoden arbeitet. In der Geschichte der Geographie wird die Durchsetzung quantitativer Ansätze meist mit der „quantitative revolution“ der 1960er Jahre verbunden.<sup>1</sup> Dabei bleibt ausgeklammert, dass der Einsatz quantitativer Methoden in der Architektur, Raum- und Sozialplanung als innovativer Zugang mindestens eine Forschergeneration weiter zurückreicht.<sup>2</sup> Historiker, die sich mit Raumforschung und -planung im NS-Staat befassen, haben den Einsatz quantitativer Verfahren in diesem Bereich seit den 1990er Jahren konstatiert, die eingesetzten Verfahren allerdings keiner methodisch-kritischen Analyse unterworfen.<sup>3</sup> Dieser Beitrag sucht eine doppelte Perspektive. Er wirft einen Blick auf ausgewählte, mit quantitativen Methoden arbeitende Ansätze der NS-Stadt- und Raumplanung und fragt zugleich nach der methodischen Plausibilität der eingesetzten Verfahren. Die diskutierten Beispiele verdeutlichen eine grundlegende Problematik, die quantitativen Methoden innewohnen kann und im Rahmen einer methodisch-kritischen Überprüfung der unterstellten Begründungszusammenhänge reflektiert werden sollte.

Planung und Planwirtschaft, sind nach den durch den Ersten Weltkrieg ausgelösten Krisen und Umbrüchen – nicht nur in der Sowjetunion – entscheidende Stichworte für die Konzeption überregionaler Entwicklungskonzepte. Dies trifft auch und besonders für die Disziplin der Raumplanung zu. Historisch ist Raumplanung eine vergleichsweise junge Disziplin, die ihre flächendeckende Ausgestaltung als akademisches Arbeitsfeld und Aufgabe der Verwaltungsarbeit in Deutschland – nach wichtigen Vorläufern in der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges<sup>4</sup> – erst wäh-

**1** Barnes, Trevor J.: The Quantitative Revolution and Economic Geography. In: Leyshon, Andrew; Lee, Roger; McDowell, Linda; Sunley, Peter (Hg.): The Sage Handbook of Economic Geography. London 2011, S. 39–52; vgl. auch ders.; Hannah, Matthew: The Place of Numbers. Histories, Geographies and Theories of Quantification. In: Environment and Planning D. Society and Space 19/4 (2001), S. 379–383 (URL: <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1068/d1904ed>).

**2** Vgl. Etzemüller, Thomas (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009; Kuchenbuch, David: Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2010; Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933. München 2007.

**3** Vgl. Jureit, Ulrike: Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg 2012; Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches. Bonn 1993; Rössler, Mechtild: „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus: ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin-Hamburg 1990.

**4** Vgl. Gutberger, Hansjörg: Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930–1960. Wiesbaden 2017; Hoffacker, Hans Wilhelm:

rend der NS-Zeit erlebte. 1935 wurde in Zusammenhang mit den Rüstungsanstrengungen des Vierjahresplans eine koordinierende Reichsstelle für Raumordnung (RfR) gegründet, Ende 1935 bzw. Anfang 1936 entstand in enger Anbindung an die Reichsstelle die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG), die interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaften an allen deutschen Hochschulstandorten einrichtete.<sup>5</sup>

In diesem zeitlichen Kontext konstituierte sich aus unterschiedlichen disziplinären Hintergründen eine spezifische Gruppe von Raumforschern und Raumplanern die man als ‚Raumexperten‘ bezeichnen kann.<sup>6</sup> Bei dieser Gruppe handelt es sich um Geographen, Stadtplaner, die in einem regionalen Maßstab arbeiten, Volkswirte, Nationalökonomien, Bevölkerungs-, Staats- und Agrarwissenschaftler. Der heterogene fachliche Hintergrund dieser Experten wurde durch gemeinsame Überzeugungen und Ziele überbrückt. Sie bestanden in der historischen Situation der 1930er Jahre nach der Erfahrung wiederholter Wirtschaftskrisen in einer kritischen Bewertung der liberalen Industriegesellschaft, in der mit dem Begriff des ‚Lebensraumes‘ verknüpften geographischen ‚Kulturbodenlehre‘ und in der Absicht, durch die Rationalisierung von Raum- und Wirtschaftsverhältnissen die machtpolitische Basis Deutschlands systematisch auszubauen, wobei Konzepte zur Anwendung kamen, die mit quantitativen Richtwerten eine optimierte Zuordnung von Wirtschaftspotential, Bevölkerung und Raum zum Ziel hatten.<sup>7</sup>

---

Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918–1933. Essen 1989; ders.: Raumplanung als Gesamtrationalisierung. Ein Versuch zur theoretischen Begründung der Raumplanung aus dem Jahre 1929. In: Bittner, Regina; Brüning, Henning; Fehl, Gerhard; Kegler, Harald (Red.): Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit: Siedlung, Stadt, Raum. Dessau-Aachen 1995, S. 276–287.

5 Vgl. Kegler, Karl R.: Deutsche Raumplanung. Das Modell der „Zentralen Orte“ zwischen NS-Staat und Bundesrepublik. Paderborn 2015, S. 150–155; Leendertz, Ariane: Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Tübingen 2008, S. 107–132; Venhoff, Michael: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Hannover 2000 (ARL Arbeitsmaterial 258).

6 Vgl. Barnes, Trevor C.: Nazi Spatial Theory – The Dark Geographies of Carl Schmitt and Walter Christaller. In: *Annals of the Association of American Geographers* 103/3 (2013), S. 669–687; Fisch, Stefan; Rudloff, Wilfried (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin 2004; Heinemann, Isabel; Wagner, Patrick (Hg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2006; Klingemann, Carsten: Konzeption und Praxis sozialwissenschaftlicher Bevölkerungswissenschaft in ihren Beziehungen zu Raumforschung und Geopolitik im Dritten Reich. In: Mackensen, Rainer (Hg.): Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2006, S. 221–250; ders.: Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit. Wiesbaden 2009; Raphael, Lutz: Sozialexperten in Deutschland zwischen konservativem Ordnungsdenken und rassistischer Utopie (1918–1945). In: Hardtwig, Wolfgang; Cassier, Philip (Hg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit. München 2003, S. 327–346; Werner, Oliver: Die Prägungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zwischen 1935 und 1953. In: Baumgart, Sabine (Hg.): Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie. Hannover 2020, S. 48–70.

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und der Annexion großer Teile Polens gewannen die Vertreter der Raum- und Bevölkerungsplanung in den nationalsozialistischen Planungsstäben Zugriff auf Menschen und auf Territorien, die durch einen Austausch der Bevölkerung germanisiert<sup>8</sup> und in ein möglichst leistungsfähiges Beispiel einer spezifisch deutschen Siedlungs- und Wirtschaftslandschaft umgebaut werden sollten. In diesen Territorien wandten die Planungsexperten quantitative methodische Werkzeuge an, die zunächst für die Stadt- und Raumplanung im Reich avisiert und entwickelt worden waren. Grundlage für den „Menscheneinsatz“<sup>9</sup> als Zuordnung von Bevölkerung und Raum<sup>10</sup> in den eingegliederten Ostgebieten wurde die dort neu geschaffene Verwaltungsstruktur von Kreisen und Bezirken, die nach Kriterien möglichst zweckmäßiger Größe, Sozialstruktur und Siedlungshierarchie ausgelegt wurden. Dem stand als Vergleichsfolie im Altreich seit 1939 das Programm der Kreismappenuntersuchungen der Reichsstelle für Raumordnung gegenüber.<sup>11</sup> Während es in den Gebieten, die vor 1939 zum Reich gehört hatten, primär um Bestandserfassung ging, war die Perspektive für die eingegliederten und für eine Besiedlung mit deutschen Menschen vorgesehenen Ostgebiete auf dem Territorium des besiegten Polen eine andere. Hier ging es um die Realisierung einer musterhaften Ordnung und Effizienz, in der (raum)wirtschaftliche Aspekte ebenso eine Rolle spielten wie völkisch-demographische. Die Zeitschrift

---

7 Vgl. Esch, Michael G.: Kolonisierung und Strukturpolitik. Paradigmen deutscher und polnischer Bevölkerungspolitik 1939–1948. In: Gerlach, Christian; Dieckmann, Christoph (Hg.): Besatzung und Bündnis: Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa. Berlin 1995, S. 139–179; ders.: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950. Marburg 1998; Grundmann, Siegfried: Bevölkerungslehre im und vor dem „Dritten Reich“ – das Raum-Problem. In: Mackensen, Rainer (Hg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen 2004, S. 319–335.

8 Vgl. Fiebrandt, Maria: Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939–1945. Göttingen 2014; Heinemann; Isabel: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen 2003; Kletzin, Birgit: Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung. Münster 2002; Madajczyk, Piotr; Motyka, Grzegorz; Jarząbek, Wanda; Zajączkowski, Mariusz; Stryjek, Tomasz; Szymoniczek, Joanna: Social Engineering in Central and South-East Europe in the Twentieth Century Reconsidered. Warsaw 2017; Mai, Uwe: „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat. Paderborn 2002; Strippel, Andreas: NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945). Paderborn 2011.

9 Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Hauptabteilung I (Hg.): Der Menscheneinsatz. Grundsätze, Anordnungen, Richtlinien. Berlin 1940.

10 Vgl. Pyta, Ralf: „Menschenökonomie“. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat. In: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 31–94.

11 Vgl. Gutberger, Jörg: Volk, Raum, Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“. Münster 1994, S. 356–360.

*Neues Bauerntum* fasste im März 1943 das methodische Vorgehen folgendermaßen zusammen:

„Das Ergebnis ist ein Teil der Grundlage für die Kreisplanung und für die zukünftige Aufstellung von Kreisraumordnungsplänen. Zur Feststellung der Auswirkung der Neuordnung der ländlichen Sozialstruktur und damit zur Überprüfung der gewonnenen Ergebnisse und Steuerung der notwendigen Maßnahmen werden aus den Bestandsplänen und Wunschbildern, ergänzt durch weiteres Material der Statistik, der natürlichen Grundlagen und der landwirtschaftlichen Verhältnisse, Kreiskarten entwickelt, die die notwendigen Gesamtübersichten über den Kreis vermitteln“.<sup>12</sup>

Welches methodische Rüstzeug die deutschen Planungsexperten hier zur Einschätzung und Quantifizierung von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen während der Besatzungszeit zur Verfügung stand, zeigen die folgenden Beispiele auf.

## Der Mittelwert als Norm

Im Jahr 1939 stellte Gottfried Feder, Professor für Siedlungswesen, Raumordnung und Städtebau an der Technischen Hochschule zu Berlin, einen detaillierten Planungsleitfaden vor, der im Rahmen eines übergreifenden, großstadtkritischen Dezentralisierungsprogramms Ausstattungskataloge für die Gründung neuer Städte an die Hand gab.<sup>13</sup> Feders Handbuch *Die neue Stadt*, das in Zusammenarbeit mit seinem Assistenten<sup>14</sup> Fritz Rechenberg entstanden war, war von der Zielvorstellung einer ‚bodengebundenen‘ Binnenkolonisation getragen. Feder empfahl die methodische Neugründung von Städten, die in der Tradition der Gartenstadt die Vorteile von Stadt und Land vereinen und nicht mehr als 20 000 Einwohner beherbergen sollten.<sup>15</sup>

Unterlegt von einem ideologischen Fundament aus Großstadtkritik und Volksgemeinschaftsrhetorik war Feders Werk in seinen Hauptabschnitten als Planungshilfe gedacht, die einen auf Basis von statistischem Vergleichsmaterial genau recherchierten Ausstattungskatalog für die öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen der „neuen Stadt“ enthielt. In Richtwerten wurde der tägliche Versorgungsbedarf der Bevölkerung bestimmt und ein Katalog der baulichen Ausstattung zu-

<sup>12</sup> O. A.: Stand der Vorbereitung der ländlichen Neuordnung. In: *Neues Bauerntum* 35 (1943), S. 73. Vgl. auch Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Stabshauptamt. Hauptabteilung Planung und Boden (Hg.): *Planung und Aufbau im Osten. Erläuterungen und Skizzen zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten*. Berlin <sup>2</sup>1942, S. 5–10.

<sup>13</sup> Vgl. Feder, Gottfried; Rechenberg, Fritz: *Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung*. Berlin 1939.

<sup>14</sup> Vgl. Durth, Werner; Gutschow, Niels: *Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940–1950*. München 1993, S. 234.

<sup>15</sup> Vgl. Feder/Rechenberg, *Die neue Stadt* (wie Anm. 13), S. 23–27.

sammengestellt, der Mustergrundrisse und detaillierte Vorgaben für die benötigten Flächen beinhaltete. Methodisch leiteten Feder und Rechenberg die empfohlenen Ausstattungskataloge und Sollgrößen aus einer statistischen Erhebung auf Basis von 200 000 Fragebögen her,<sup>16</sup> aus denen die beiden Forscher und Planer in einem nicht sehr transparenten Verfahren das „organische Grundgefüge der deutschen Stadt“ ermittelten sowie anschließend die notwendigen Ausstattungskataloge für die vermeintlich optimale Stadtgröße von 20 000 Einwohnern durch „Umfragen bei 45 Städten entsprechender Größe“ herleiteten: Das unterstellte ‚Optimum‘ ergab sich in diesem Arbeitsschritt als „Normalwert“ der statistischen Analyse.<sup>17</sup> Was genau Feder und Rechenberg als Normalwert bezeichneten, ergab sich als quantitative Bestimmung einerseits aus gruppenorganisatorischen Sollvorstellungen und bewegte sich andererseits in der Nähe eines Mittelwertes:

„In den Gruppentabellen und Typenblättern sind meist die Gruppenbildungen um den Normalwert herum sehr deutlich zu erkennen. Nur in Einzelfällen war es nötig, sich mit dem errechneten Durchschnittswert zu begnügen, der übrigens fast überall in die Nähe der Mitte der Hauptgruppenbildung fällt.“<sup>18</sup>

Für den Planungshistoriker, der die Genese dieser Richtwerte zu rekonstruieren versucht, ist diese Verbindung von teils normativen („normalen“) und teils empirisch-statistischen Einflussfaktoren in der Arbeit mit quantitativem Material nur schwer zu durchschauen. Der Untertitel des Buches formulierte gleichwohl einen spezifischen innovativen Anspruch, den Feder und Rechenberg mit ihrer quantifizierenden Arbeitsweise verbanden: „Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung“. *Die neue Stadt* war in diesem Sinne ein Lehrbuch für die Planung, als dessen Ziel die Autoren angaben:

„Das Nebeneinander und die Verstricktheit der einzelnen Teile unserer Städte muß einer planvollen klaren Ordnung weichen, damit sich die einzelnen, in sich selbst zwar geschlossenen Glieder zu einem lebensvollen Gesamtorganismus in kraftvoller Harmonie zusammenfügen.“<sup>19</sup>

Das „organische“ Prinzip dieser Anordnung war durch funktionale Effizienz bestimmt. Durch den Zusammenschluss mehrerer „Zellen“ zu größeren Einheiten ließ sich dem Grundprinzip folgend eine Hierarchie von Einheiten wachsender Dimension von der ‚Stadtzelle‘ bis zur Nation organisieren:

---

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 14.

<sup>17</sup> Ebd., S. 28

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd., S. 19.




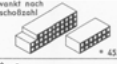












































Lfd. Nr.	Einrichtung Anzahl	Symbol	 = 5 Beschäftigte	Grundstücks- größen	beb. Fläche ungefähre Bebaumaße Fläche aller Geschosse (einschl. Nebenumkle) (Jeder der Einzelquadern bedeckt eine Fläche von 100 m²)	Besonderes	Bemerkungen	
<b>I. Einrichtungen höherer Ordnung</b>								
1	Justizgebäude * 1			70	5000 m²	Schwenk nach Geschloßzahl  * 4350 m²	Personalzahl des Landgerichts: etwa 32	* Amtsgericht, Landgericht und Gerichtspräsidenten zusammen (darunter 2–3 Säle von rd. 200 m²)
1a	Amtsgericht			37–38	4000 m²	600 m²  1680 m²		
2	Finanzamt 1			38	2800 m²	700 m²  * 1700 m²	Einwohnerzahl des erfüllten Bezirks: durchschnittlich 71000	* reine Nutzfläche: 1250 m²
3	Arbeitsamt 1			46	1400 m²	720 m²  1450 m²	Zahl der Arbeitnehmer: 44000 Zahl der Arbeitgeber: 9400	
4a	Landratsamt			a) 60	4100 m²	800 m²  1950 m²	b) Einwohnerzahl des Kreises: etwa 71000	
4b	Kreisverkassee			b) 33	4100 m²			
5	Partei 1		hauptsächlich NS-Schwester 	* 5–6 6–7	1900 m²	350 m²  1100 m²	Kreisleitung, Leitung der NSV, NS-Wahlämter, NS-Jugendrat, Verwaltung der DAF, Hauptbüro von KdF, NS-Schwesterheim	* dazu kommen zahlreiche ehrenamtliche Angestellte
6	Gemeinschafts- haus 1		Bewirtschaftung an Unternehmer verpachtet 		4800 m²	1600 m² 2400 m²	Anzahl der Sitz- und Stehplätze: etwa 3000	
7a	Personen- bahnhof 1			225		1300–1500 m² *		* Empfangsgebäude
7b	Güterbahnhof 1				zusammen 160000 m²	1100–1200 m² *	Länge des Ladegleises: 2500 m** vorzusehen	* Güterschuppen ** davon ausgebaut; Anfangs nur 2000 m
7c	Flugplatz * 1		unbestimmbar		100 x 13500 = 1350000 m²	unbestimmbar		
8	Reichspost 1			124	2500 m²	a) 870 m² b) 280 m²  2400 m²	Beförderte Briefe: 7000000 Beförderte Pakete: 290000 Ein- und Auszahlungen: 10900000 RM	a) Hauptgebäude b) Nebengebäude
<b>II. Kommunale Verwaltungen und Sicherheit</b>								
9	Rathaus 1			81–91	3000 m²	940 m²  2600 m²		mit Polizei, Feuerwehr und Rettungswache
10	Polizei * 1			30	1000 m²	285 m²  285 m²	Einwohnermeldeamt: Nutzfläche: etwa 45 m² Personal: 3	* meist im Rathaus
<b>III. Versorgung</b>								
11	Wasserwerk 1			2	30–32000 m²	800 m²  250 m²	Wasserabnahme je Kopf der Bevölkerung: 35 m³; j. Gesamtförderung: 700 000 l; j. Angeschlossene Haushalte: 6500 Leitungslänge: 30 000 m	2 Hochbehälter mit je 400 m³ Inhalt
12	Elektrizitäts- werk 1			* 35	5–6000 m²	250 m² ** 1200 m²  300 m² 1500 m²	Stromabgabe je Kopf der Bevölkerung: 183 kWh; j. Angeschlossene Haushalte: 6000	* davon 15 Lohnempfänger ** Verwaltungsgebäude im Obergeschloß Wohnungen
13	Gaswerk 1			* 30	8900 m²	2300 m²  ** 250 m²	Gasabgabe pro Kopf der Bevölkerung: 61,2 m³ Angeschlossene Haushalte: 4130 Rohrlänge: 45 000 m	* davon 20 Lohnempfänger ** Verwaltungsgebäude (bebaute Fläche)
14	Städtischer Wirtschaftshof 1		Bei dem städtischen Verwaltungspersonal inbegriffen		4500 m²	800 m²  1000–1100 m²		

Abb. 1: Richtwerte für die öffentlichen Einrichtungen in einer Stadt von 20 000 Einwohnern. Aus: Feder, Gottfried; Rechenberg, Fritz: Die neue Stadt. Berlin 1939. Tafel I (Detail).

„Dieser Stadtorganismus wird sich zusammensetzen aus einer ganzen Reihe von Zellen, die sich dann zu Zellverbänden innerhalb verschiedener Unterkerne um den Stadtmittelpunkt herum gruppieren. Oft werden mehrere Unterkerne zu einem Zellverband höherer Ordnung zusammenzutreten, um dann erst die verschiedenen Zellverbände höherer Ordnung zum Gesamtorganismus zusammenzuschließen, in dem dann die einmaligen, der ganze Gemeinde dienenden Einrichtungen Platz finden. Die Gliederung des einzelnen Zellkernes muß so gestaltet werden, daß sich das Leben jeden Ortsteiles klar auf seinen Mittelpunkt orientiert und von da weiterfließen kann zu den nächsthöheren Kernbildungen bis zum Stadtmittelpunkt. Von hier aus muß die Stadt an den wiederum höheren Organismus des Landes und des Reiches angeschlossen sein.“<sup>20</sup>

Im November 1939, nur kurz nach Erscheinen seiner programmatischen Lehrschrift, reichte Feder bei der RAG im Rahmen ihres kriegswichtigen Forschungsprogramms ein Forschungsprojekt ein, das für die annektierten polnischen Gebiete die „Gestaltung von Typen zentraler Orte: Landflecken, Marktorte, Kreisstädte, Gemeinden von 5 000, 10 000, 20 000 Einwohnern“ zum Inhalt hatte.<sup>21</sup> Die Auswahl der vorgeschlagenen Projekte erfolgte durch die Reichsstelle für Raumordnung.

Vergleichbare Vorstellungen für einen systematischen Siedlungsaufbau nach Größenstufen waren auch bei anderen Vertretern der nationalsozialistischen Raumplanung anzutreffen, so etwa bei Raumplaner Ewald Liedecke, der vor dem Krieg als Landesplaner in Ostpreußen und Leiter der Planungsabteilung im dortigen Gauheimstättenwerk tätig war und 1940 zum Landesplaner im neu errichteten Reichsgau Danzig-Westpreußen avancierte.<sup>22</sup> 1938 schrieb Liedecke:

„Es waren und sind uns also gewisse in unserer Weltanschauung bedingte Aufgaben gestellt: das Aufgliedern der Masse in zahlenmäßig begrenzte Siedlungszellen, das innere Durchgliedern der Siedlungszellen zu nachbarschaftlichen Gruppen und schließlich die Einführung bestimmter Wertungen in die Planung: das Herausarbeiten des politischen Mittelpunktes, das Einordnen von Schule, Verwaltungsbauten, Werkstätten und Kaufläden entsprechend ihrer Wertigkeit, kurz kein Zusammenstellen der Bauelemente nach ästhetischen Momenten, etwa

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Bundesarchiv Berlin (BArch) R 113/14: Kriegswichtiges Forschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Zusammenstellung vom 23.11.1939. Mit einer kalkulierten Förderungssumme von 5 000 RM war Feders ‚Arbeitsauftrag‘ im Rahmen des Programms fast doppelt so groß angelegt wie jener Walter Christallers, dessen Arbeit mit 2 700 RM gefördert werden sollte. Wegen haushaltstechnischer Veränderungen im Programm der RAG kam es am Ende nicht zu einer Ausarbeitung dieses Projektentwurfs. Vgl. O. A.: Das kriegswichtige Forschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. In: Raumforschung und Raumordnung 3 (1939), S. 502 sowie dazu Take, Gunnar: Die Kriegsforschungsprogramme der RAG. Eine Analyse anhand der Projekte des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) von 1939 bis 1944. In: Baumgart, Raumforschung (wie Anm. 6), S. 38–47. Zur Forschung der RAG vgl. auch die Hinweise bei Venhoff, Michael: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover 2000.

<sup>22</sup> Vgl. zur Biographie die Personalakte Ewald Liedecke (BArch R 113/1871).



zum Zweck der Platzgestaltung, sondern ein Ordnen nach politischen Wertungen. Für die Lösung dieser Aufgabe musste überhaupt erst das planerische Handwerk entwickelt werden.“<sup>23</sup>

Das Programm einer straff in Siedlungszellen gegliederten Volksgemeinschaft diente der Erfassung und politischen Kontrolle der Bevölkerung. „Aufgliedern“, „Durchgliedern“ und Mittelpunktbildung waren in diesem Verständnis ein „Ordnen nach politischen Wertungen“. Als Leitbild, das ab 1940 vom Hamburger Stadtplaner Konstanty Gutschow und seinen Mitarbeitern vertreten wurde, firmierte dieses totalitäre Gliederungskonzept schließlich unter dem Begriff der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“.<sup>24</sup> Zugleich war der Aufbau einer gegliederten Siedlungshierarchie mit Kreis, Mittel- und Großstädten, die einer bestimmten Größenfolge und gestalterischen Leitlinien entsprachen, für die an der Kulturbodenlehre geschulten deutschen Planungsexperten Ausweis der eigenen Überlegenheit, wie der Stadtplaner und Planungsreferent Josef Umlauf, am Beispiel ‚deutscher‘ Stadtgründungen in Osteuropa ausführte:

„Diese tief innerlich begründete Ordnung ist das Geheimnis der denkmalhaft typischen Gestalt dieser Städte, die die slawischen Völker nie nachzugestalten vermocht haben.“<sup>25</sup>

„Die Städte des ehemals russisch-polnischen Gebiets sind mit ganz wenigen Ausnahmen trostlos ärmlich und baulich herabgekommen. [...] Was an baulichen Kulturwerten vorhanden ist, ist fast ausnahmslos deutschen Ursprungs oder deutsch beeinflusst.“<sup>26</sup>

Ein weit gefasstes Konzept von ‚Ordnung‘, das sich in eher diffuser Weise auf die Effizienz von ‚Normalwerten‘ bezog, wurde in dieser Motivkonstellation sowohl zu einem Instrument der Aneignung wie der Selbstzuschreibung.

## Tragfähigkeit und Lebensstandard

Einen noch umfassenderen, aus volkswirtschaftlich-statistischen Zusammenhängen entwickelten Zugang zur Messbarkeit effizienter Wirtschaftsstrukturen vertrat der in der Reichsstelle für Raumordnung agierende Raumplaner Gerhard Isenberg. Zwi-

**23** Liedecke, Ewald: Siedlung und Ordnung der Landschaft in Ostpreußen. In: Bauen, Siedeln, Wohnen 13 (1938), S. 675–681, hier S. 679 f.

**24** Vgl. Pahl-Weber, Elke: „Die Ortsgruppe als Siedlungszelle“. Ein Vorschlag zur Methodik der großstädtischen Stadterweiterungen von 1940. In: Frank, Hartmut (Hg.): Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930–1945. Hamburg 1985 (Stadt Planung Geschichte 3), S. 282–298; vgl. Durth/Gutschow, Träume in Trümmern (wie Anm. 14), S. 231–251; Münk, Die Organisation des Raumes (wie Anm. 3), S. 386–394.

**25** Umlauf, Josef: Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten. In: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 100–122, hier S. 107.

**26** Ders.: Ein Querschnitt durch die Städte der angegliederten Ostgebiete. In: Ebd., S. XXXIII–XLIV, hier S. XXXIII.

schen 1941 und 1942 veröffentlichte Isenberg eine Reihe von Studien, die sich mit den Grundlagen für eine rationelle Raumstruktur befassen.<sup>27</sup> Ausgangspunkt für seine methodischen Überlegungen war der Bezug zwischen wirtschaftlicher Tragfähigkeit und Besiedlungsdichte. Die sich daraus ergebenden wirtschaftsstrukturellen Empfehlungen waren schon im Ansatz von ideologischen Prämissen bestimmt und definierten Tragfähigkeit und Lebensstandard in Anlehnung an rassistische Kriterien:

„Bei dem Zusammenleben von verschiedenen Rassen und Völkern wird der beherrschte Teil im allgemeinen auf die schlechten Böden verdrängt, denn nur das beherrschte Volk, das zu einer anspruchslosen Lebensführung gezwungen ist, kann aus den ungünstigen Böden Erträge herauswirtschaften, ohne daß sie durch die Kosten aufgezehrt werden. Die Tragfähigkeit für das beherrschte Volk ist eine andere als für das Herrschervolk. [...] [B]ei deutschem Lebensstandard wird mehr Raum gefordert als bei polnischem. [...] Menschen mit hohem Lebensstandard suchen die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten durch die Anwendung von ertragreichen Produktionsmethoden zu meistern. Die Technik erhält gerade aus hohen Lebensansprüchen einen ständigen Ansporn, die Tragfähigkeit wird auf das Niveau der Lebensansprüche gehoben. Passive Völker und Rassen passen sich den Schwierigkeiten des Lebenskampfes dagegen durch eine weitere Einschränkung ihrer Bedürfnisse, durch eine Senkung des Lebensstandards an.“<sup>28</sup>

Die raumwirtschaftliche Tragfähigkeit einer Region wurde von Isenberg so in Abhängigkeit von Lebensansprüchen definiert, die er für deutsche und fremdvölkische Menschen unterschiedlich bestimmte. Die rassistische Überlegenheit deutscher Menschen und ihr höherer Lebensstandard ermöglichten und erforderten gemäß dieser Überlegung die Verdrängung und Beherrschung „passiver“ Völker und Rassen ebenso wie die Leistungssteigerung der Produktionsprozesse durch Technisierung. Territoriale Expansion wurde in diesem Gedankengang auf das engste mit dem großräumigen Rationalisierungs- und Produktivitätsdenken verbunden, das sich im Zitat äußert und auf der Enteignung und Entrechtung ganzer Völker fußte.

Die Gesamtbevölkerung einer bestimmten Region ergab sich nun in Isenbergs Kalkül aus der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung, aus Handwerk und Dienstleistern sowie aus einer industriell tätigen Bevölkerung, die aus den natürlichen Ressourcen eines Territoriums nicht stringent abgeleitet werden konnte. Die in Aussicht gestellte höhere Produktivität einer technisierten Landwirtschaft führte andererseits dazu, dass im agrarischen Bereich deutlich weniger Arbeitskräfte benötigt wurden. Isenberg stellte fest: „Bei erhöhter Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit in der Landwirtschaft sinkt die Tragfähigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung,

<sup>27</sup> Vgl. Isenberg, Gerhard: Die Verteilung der Bevölkerung und der Berufe auf die Strukturtypen der Städte. In: Ebd., S. 134–148; ders.: Der Umfang und die Auswirkungen der ländlichen Neuordnung in Deutschland. In: Deutsche Verwaltung 19 (1942), S. 144–147.

<sup>28</sup> Ders.: Die Tragfähigkeit des deutschen Ostens an landwirtschaftlicher und gewerblicher Bevölkerung. Leipzig 1941 (Struktur und Gestaltung der Zentralen Orte des deutschen Ostens 5), S. 8 f.

während die der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zunimmt.“<sup>29</sup> Eine dichte deutsche Besiedlung des Ostens, wie sie nach den Vorgaben des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) – eines Hauptamtes der SS – gewünscht war, ließ sich dann allein durch eine Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung erreichen.

Dieser Gedanke war Ausgangspunkt für eine einkommens- und kaufkraftbezogene Analyse, die Isenberg vornahm, um das endogene Bevölkerungspotential für die Gebiete im Osten zu bestimmen. In dieser Perspektive überlagerte sich die Tragfähigkeitsmethode mit dem siedlungsgeographischen Ansatz der Zentralen Orte. Isenberg errechnete ausgehend von dem durch landwirtschaftliche Produktion erzielbaren und verteilbaren Einkommen die Tragfähigkeit eines agrarischen Gebietes für nichtlandwirtschaftliche (zentrale) Gewerbe, die er nach Branchen für die unterschiedlichen Größenklassen zentraler Orte aufschlüsselte. Im Ergebnis ermittelte er eine umso höhere Tragfähigkeit für nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung, je höher die interne Verwendungsquote des erzielten Agrareinkommens im Nahbereich war. Eine Stärkung der zentralörtlichen Nahbereichswirtschaft führte demzufolge zu einer Steigerung der Tragfähigkeit.

Wie im Fall von Feder und Rechenberg suggerierte die Tragfähigkeitsanalyse Isenbergs wissenschaftliche Genauigkeit, unterschlug in der mathematischen Herleitung allerdings, dass der Statistiker der Reichsstelle für Raumordnung weder das durch den technischen Fortschritt bedingte Produktivitätswachstum zuverlässig abschätzen noch das industrielle Beschäftigungspotential präzise beziffern konnte. Den vermeintlich genauen Zahlen für Siedlungs- und Strukturplanung lagen so letztlich unausgesprochene Wunschbilder eines gegliederten und hierarchischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsaufbaus auf agrarischer Basis zugrunde – ein Tatbestand, der in der von geteilten Überzeugungen getragenen Gemeinschaft der NS-Planungsexperten nicht hinterfragt wurde, allerdings deutlich zutage trat, als Isenberg wenige Jahre später in der Bundesrepublik die weiterentwickelte Tragfähigkeitsmethode als Gutachter für das Bad Godesberger Institut für Raumforschung für eine optimierte Allokation der Flüchtlingsbevölkerung in Ansatz bringen wollte. Eine interne, aber nicht öffentlich gemachte Überprüfung im Institut für Raumforschung ergab daraufhin nicht nur mehrere gewichtige Rechenfehler, sondern auch grundlegende methodische Unzulänglichkeiten.<sup>30</sup> Anders als im NS-Staat, in dem die vermeintlich objektive Methode einer quantitativ zu ermittelnden Tragfähigkeit unter Raumforschern unhinterfragt blieb, meldete sich in der Bundesrepublik allerdings eine kritische Öffentlichkeit zu Wort. Ein zeitgenössischer Kritiker fasste zusammen:

<sup>29</sup> Ebd., S. 11.

<sup>30</sup> Vgl. Kegler, Karl R.: Krisenangst und Krisendiagnose. Deutsche Raumplanung nach 1945. In: Strubelt, Wendelin; Briesen, Detlef (Hg.): Raumplanung nach 1945. Frankfurt/M. 2015, S. 69–91, hier S. 79.

„[W]ir können uns keine Methode vorstellen, mit Hilfe derer sich alle denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten in einen zahlenmäßigen Ausdruck fassen ließen. Der Tragfähigkeitsansatz des Instituts war deshalb – um einen amerikanischen Ausdruck zu benutzen – guess work. Die Methode, die man angewandt hat, reicht nicht aus, und darum müssen auch die Ergebnisse trügerisch sein: es ist weder gelungen, den Grad der Überbevölkerung nachzuweisen, noch die einwandfreien Grundlagen für eine Umverteilung der Bevölkerung zu erarbeiten.“<sup>31</sup>

## Zentrale Orte als Grundlage der Siedlungsplanung in den besetzten Gebieten

Eine ähnliche Kritik lässt sich abschließend auch für einen weiteren quantitativen Ansatz für die Bestimmung einer optimalen Bevölkerungsgröße und -verteilung formulieren, die bei Isenberg bereits angesprochen wurde: Walter Christallers Modell der Zentralen Orte. Christaller hatte sich 1933 in seiner Schrift *Die zentralen Orte in Süddeutschland* mit den Zusammenhängen zwischen Größe, Lage und Funktion von Siedlungen auseinandergesetzt und eine hierarchisch gestufte Abfolge von Dörfern und Städten als Grundlage einer optimalen Wirtschafts- und Raumstruktur hergeleitet.<sup>32</sup> Im NS-Staat adaptierte Christaller seine zunächst ohne Bezugnahme auf die NS-Ideologie entwickelte Modellvorstellung auf die neuen Verhältnisse und war ab 1940 als freier Mitarbeiter und Gutachter an den Planungen des RKF in den annektierten Gebieten Polens beteiligt.

1940 veröffentlichte Christaller in der Zeitschrift *Neues Bauerntum* beispielsweise eine bis ins Detail auf die Gliederungen und Organisation der NSDAP abgestimmte Raum- und Verwaltungshierarchie für die deutsche Siedlung in den annektierten Gebieten. Seine Überlegungen erstreckten sich bis auf die „Gemeinschaft einer Familie“, die nach seinen Vorstellungen als bäuerliche Hof- und Betriebsgemeinschaft „im Normalfalle“ aus zwölf Personen inklusive Gesinde und Fachkräften bestand.<sup>33</sup> Drei beieinanderliegende Höfe wurden als „Nachbarschaft“ organisiert, die Maschinen und bestimmte Einrichtungen gemeinsam nutzte. Für die nächsthöhere Einheit, dem aus mehreren Einzelhöfen bestehenden „Dorfweiler“ mit 275 Bewohnern, sah Christaller einen Gemeinschaftsplatz „für kleinere Kundgebungen, für Gemein-

**31** Nimptsch, Reinhold: *Überbevölkerung, Bevölkerungsausgleich und Arbeitsmarkt*. Köln 1952, S. 80 f.

**32** Vgl. Christaller, Walter: *Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen*. Jena 1933 (ND Darmstadt 1968).

**33** Ders.: Grundgedanken zum Verwaltungs- und Siedlungsaufbau im Osten. In: *Neues Bauerntum* 32 (1940), S. 305–312, hier S. 306. Zur Bedeutung der Familie in der Umsiedlungspolitik vgl. auch Heinemann, Isabel: „Keimzelle des Rassenstaates“. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in Osteuropa. In: Latzel, Klaus; Mailänder Koslov, Elissa; Maubach, Franke (Hg.): *Geschlechterbeziehungen und „Volksgemeinschaft“*. Göttingen 2018, S. 133–153.

schaftsempfang vor dem Lautsprecher, für Bekanntmachungen der Partei“ vor.<sup>34</sup> Die Kinder der kleinen Siedlung – Christaller erwartete sechs bis acht Geburten pro Jahr („der Kinderreichtum soll ja groß sein“)<sup>35</sup> – wurden in eine Kameradschaft der Hitler-Jugend, eine Jungmannschaft des Jungvolks und eine Mädelschaft des BDM zusammengefasst. Dazu traten in knapper Form Überlegungen für die räumliche Lokalisation von ländlichen Wirtschaftsbetrieben, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Ärzten, Sportstätten, Verkehrseinrichtungen usw. In den ranghöheren zentralen Orten fanden sich dann die Dienststellen der NSDAP-Ortsgruppe, der SA, der Deutschen Arbeitsfront, des Arbeitsdienstes sowie einer weiteren Anzahl nationalsozialistischer Organisationen und staatlicher Stellen. Der Gemeinde stand ein hauptamtlicher Bürgermeister vor: „Damit wird die zu erstrebende räumliche Gleichschaltung von Ortsgruppe der Partei und Gemeinde erreicht.“<sup>36</sup>

Christaller gestaltete sein Zentrale-Orte-Modell zu einem Werkzeug ‚totaler Planung‘ und totalitärer Durchdringung aller Lebensbereiche, zum Entwurf einer ideal durchgegliederten nationalsozialistischen Volks- und Raumordnung. Dass die „großzügige Ostsiedlung“<sup>37</sup> in den eingegliederten polnischen Gebieten mit umfassenden Deportationen der ansässigen Bevölkerung ins Generalgouvernement verbunden sein würde, war Christaller vollkommen klar, obwohl dieser Punkt in seinen Veröffentlichungen nicht erwähnt wird. Lediglich eine Notiz in seinem Nachlass hält fest:

„Dt. sollen hereinkommen, Polen hinaus, alles planmäßig vom Staat vorbereitet u durchgeführt, 100 000 qkm mit fast 11 Mill Ew werden erfasst. 1 Mill etwa freiwillig abgewandert (geflüchtet). Etwa 7 Mill Polen u Juden mögen umzusiedeln sein.“<sup>38</sup>

Für diese Planungen hatte Christaller das Modell der Zentralen Orte strukturell wesentlich modifiziert. Als Grundelement der ländlichen Besiedlung bestimmte er 1941 den Dorfweiler mit etwa 250 Einwohnern. Als Mittelpunkte für Neusiedler sollten gezielt Gruppendörfer geschaffen werden. Zwischenstufen des in seiner Arbeit von 1933 entwickelten Schemas – der ‚Amtsort‘ und der ‚Bezirkshauptort‘ als Zentren von Landkreis und Regierungsbezirk – fielen dagegen fort, um größere, effizientere Verwaltungseinheiten zu erlauben. Vorhandene Orte dieser Größe waren „möglichst zu unterdrücken“, um keine Konkurrenz zu den planerisch bestimmten Verwaltungs- und Versorgungszentren aufkommen zu lassen; rangmäßig wurden sie in die

<sup>34</sup> Ebd., S. 307.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Ebd., S. 309.

<sup>37</sup> Ebd., S. 305.

<sup>38</sup> Leibniz Institut für Länderkunde Leipzig. Nachlass Walter Christaller. K 579-27. Aufgrund inhaltlicher Bezüge lässt sich vermuten, dass die undatierte Notiz, die hier in Christallers abgekürzter Notation wiedergegeben wird, Anfang 1940 entstanden ist. Obwohl Christaller Skizzen und Notizen über Jahrzehnte hinweg aufbewahrte, enthält der Nachlass bemerkenswert wenig zu seinen Gutachten für den RKF und die RAG.

nächsttiefere Kategorie eingegliedert.<sup>39</sup> Die Modifikation der Hierarchie hatte den Effekt, dass Christaller mit der nun aufgewerteten Kreisstadt als Zentrale eines ‚Großkreises‘, eine Größenkategorie schaffen konnte, die der Modellstadt Feders mit 20 000 Einwohnern entsprach.<sup>40</sup> Für Städte galt ebenso wie für die ländliche Siedlung eine strikte Ausrichtung an den Organisationsgliederungen der NSDAP: „Eine Stadt zerfällt in soviel Stadtteile (gleich Ortsgruppen der Partei), als sie ein mehrfaches [sic] von 3 000 Einwohnern hat.“<sup>41</sup>

Die ursprünglich raumwirtschaftliche Herleitung des Zentrale-Orte-Modells trat auf diese Weise ganz hinter die Anforderungen des Verwaltungsaufbaus und der ‚Germanisierung‘ des eroberten Lebensraumes zurück:

„So ist heute der Grundsatz der Volksgemeinschaft, in den neuen Siedlungsgebieten vor allem auch der der Festigung des deutschen Volkstums der vorherrschende, Verkehrs- und Versorgungsfragen kommen dann erst in zweiter Linie.“<sup>42</sup>

Christaller setzte sich auf diese Weise über die Begründungszusammenhänge seines 1933 formulierten Modells hinweg, trat aber nichtsdestotrotz mit dem Anspruch auf wissenschaftlich abgesicherte Planungsempfehlungen zu geben.

1942 veröffentlichte Christaller für die Siedlungstypen Dorf, Hauptdorf, Amts- und Kreisstadt in ähnlicher Weise wie zuvor Feder und Rechenberg im Jahr 1939 (vgl. Abb. 1) detaillierte Kataloge der vorgesehenen Einrichtungen, bestimmte die Anzahl der Beschäftigten in zentralen Berufen und die Zahl ihrer Angehörigen.<sup>43</sup> Für eine typische Kreisstadt mit 25 000 Einwohnern gab Christaller beispielsweise fünfzehn praktizierende Ärzte und Praxismitarbeiter, drei Korbmacherbetriebe mit zusammen neun Beschäftigten oder zehn hauptamtliche Beschäftigte der NSDAP an.<sup>44</sup> Da die in den zentralen Berufen beschäftigten Personen allerdings nicht aus-

<sup>39</sup> Christaller, Walter: Die Zentralen Orte in den Ostgebieten und ihre Kultur- und Marktbereiche. Leipzig 1941 (Struktur und Gestaltung der Zentralen Orte des deutschen Ostens 1), S. 11.

<sup>40</sup> Christaller bestimmt für die Kreisstadt seiner modifizierten Größenreihe eine Einwohnerzahl von 20 000–30 000 (vgl. ebd., S. 11, 19). Ein expliziter Hinweis auf Feders Modellstadt findet sich in ders.: Raumtheorie und Raumordnung. In: Archiv für Wirtschaftsplanung 1 (1941), S. 116–135, hier S. 125. Feder postuliert, „daß gerade die Stadt in der ungefähren Größe von 20 000 Einwohnern eine ideale Stadtgröße darstellt, natürlich können auch Städte von 12 000–15 000 Einwohnern, ebenso wie Städte von 25 000–30 000 Einwohnern den gleichen Anforderungen entsprechen.“ Feder/Rechenberg, Die neue Stadt (wie Anm. 13), S. 22.

<sup>41</sup> Christaller, Die Zentralen Orte in den Ostgebieten (wie Anm. 39), S. 13.

<sup>42</sup> Ders.: Raumtheorie und Raumordnung (wie Anm. 40), S. 129.

<sup>43</sup> Vgl. ders.: Die Verteilung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung im Hauptdorfbereich. In: Neues Bauerntum 34 (1942), S. 139–145; ders.: Die Verteilung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung im Landkreis. In: Ebd., S. 169–176.

<sup>44</sup> Vgl. ders.: Die Verteilung (wie Anm. 43), S. 173–175. Die Herleitung dieser sehr exakten Zahlen bleibt in Christallers Veröffentlichung ungeklärt. Möglicherweise gewann er wie Gottfried Feder seine Zahlen in einem statistischen Verfahren aus dem Durchschnitt der Ausstattung des Reichsgebiets.

reichten, um in der Kreisstadt auf die geplante Bevölkerungszahl von 25 000 Personen zu kommen, ging Christaller nun – im Gegensatz zu vorhergehenden Annahmen – davon aus, dass knapp die Hälfte der Einwohner (Beschäftigte und deren Angehörige) ihr Auskommen in industrieller Arbeit finden würden<sup>45</sup> – ein Hinweis auf den eher willkürlichen Ansatz von Zahlen für die Beschäftigten der Industrie, der auch Isenbergs Tragfähigkeitsmethode charakterisiert.

Den Abschluss von Christallers Arbeiten für den RKF stellten schließlich Anfang 1944 zwei umfassende Pläne und Gutachten dar. In Ergänzung zu einem „Reichsgliederungsplan“, der das gesamte Reichsgebiet und die eingegliederten polnischen und baltischen Gebiete umfasste, formulierte Christaller einen „Bevölkerungsverteilungsplan“ als Zielplanung für die regionale Zunahme und Abnahme der Bevölkerung. Der Zeithorizont der Studie umfasste dreißig Jahre. Für die großen Städte und die dichtbesiedelten Industriegebiete im Westen und in der Mitte Deutschlands war für diesen Zeitraum eine deutliche Abnahme an Bevölkerung vorgesehen:

„Die niederrheinischen Industriegroßstädte, aber auch die benachbarten Landkreise, sollen in starkem Maße Menschen abgeben, wenn dabei auch viele Widerstände bestehen werden – andererseits erleichtern die Kriegszerstörungen den Entschluß.“<sup>46</sup>

Nicht allein der erwartete Zuwachs an Bevölkerung, den Christaller mit 0,75 Prozent pro Jahr kalkulierte, sondern auch die bereits ansässigen Menschen sollten neu verteilt werden. Ziel war es, Siedler für die eroberten Territorien im Osten und Westen zu gewinnen:

„Zweck der Ausarbeitung ist es, festzustellen, wie viel bei vorausschauender Planung das Altreichsgebiet an Menschen abgeben kann und soll, um die rückgegliederten Gebiete im Osten und Westen mit deutschen Menschen erfüllen zu können.“<sup>47</sup>

Als Ergebnis der Studie ermittelte Christaller, dass, gerechnet auf einen Zeitraum von dreißig Jahren, etwas mehr als 23 Millionen Menschen nach einer grundlegenden Neuordnung des Siedlungssystems für Umsiedlungsmaßnahmen ‚verfügbar‘ würden. 15 443 000 deutsche Umsiedler sollten nach Christallers Vorstellungen für die Germanisierung der okkupierten Gebiete eingesetzt, 7 575 000 innerhalb des Altreiches verpflanzt werden.<sup>48</sup>

---

<sup>45</sup> Vgl. ebd., S. 176.

<sup>46</sup> BArch R 49/976, Bl. 75: Christaller Walter: Erläuterungen zum Bevölkerungsverteilungsplan. Februar 1944.

<sup>47</sup> BArch R 49/976: Christaller, Walter: Umbau im Altreich. Bevölkerungsbilanz. Februar 1944, Vorbemerkung; vgl. hierzu auch: Hartenstein, Michael A.: Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944. Berlin 1998, S. 225.

<sup>48</sup> Für den Bezug von Christallers Bevölkerungsverteilungsplan zum ‚Generalplan Ost‘ bzw. seinen verschiedenen Versionen vgl. Kegler, Deutsche Raumplanung (wie Anm. 5), S. 184–188.

Christallers Gutachten ermöglichte über die Klassifizierung des Siedlungssystems nach den Rangstufen und Einzugsbereichen seines Modells die Identifizierung eines ‚zuviel‘ oder eines ‚zuwenig‘ an Bevölkerung und skizzierte ein umfassendes Gesamtbild, in dem alle Einwohnerzahlen einem vermeintlichen volkswirtschaftlichen Optimum entsprachen. Das Ziel eines gleichmäßigen und vor allem rationellen Bevölkerungseinsatzes im vergrößerten Lebensraum konnte so mit konkreten Zahlen bestimmt und operationalisierbar gemacht werden. Christaller plante eine direkte Bevölkerungsabgabe des Altreichs von lediglich knapp 3,2 Millionen Menschen; die Gesamtzahl von 23 Millionen Umsiedlern kam durch die Einrechnung der erwarteten Bevölkerungsüberschüsse der nächsten dreißig Jahre zustande. Der Gutachter für den RKF vermied damit drastische Eingriffe in den *status quo* und konservierte zugleich die einmal für das Altreich festgelegten Optima in einem statischen System, da jeder Bevölkerungszuwachs in die designierten Siedlungsgebiete abgegeben werden sollte. Die Bevölkerungszahlen, die Christaller für einzelne Gebiete und Städte festlegte, wären nach dieser Vorgabe für fast eine Generation stabil geblieben.

Die Implikationen dieses Szenarios werden anschaulich, wenn man die avisierten Bevölkerungszahlen für einzelne Städte und Regionen betrachtet: Ausnahme unter den deutschen Großstädten über 500 000 Einwohner, die fast durchgängig an Menschen verlieren sollten, war Wien, das binnen 30 Jahren von 1,9 Millionen auf 2,5 Millionen Einwohner anwachsen sollte. Berlin und Hamburg sollten im selben Zeitraum dagegen 430 000 beziehungsweise 230 000 Menschen abgeben. Für eine Reihe von kleineren Gauhauptstädten war ein starkes Bevölkerungswachstum vorgesehen. Die Wunschplanung für Erfurt (von 190 000 auf 440 000), Linz (von 145 000 auf 350 000) oder Münster (von 159 000 auf 349 000) sah mehr als eine Verdopplung der Bevölkerung vor. Eine noch größere Bevölkerungszunahme antizipierte Christaller für Ratibor (Racibórz) und Trier, die als ‚Grenzstädte‘ zu fremdem Volkstum von 86 000 beziehungsweise 118 000 auf jeweils 400 000 Einwohner anwachsen und sich zu dominierenden Kulturzentren entwickeln sollten.

Das Beispiel verdeutlicht, dass der Bevölkerungsverteilungsplan keineswegs von einem stadt- oder großstadtfeindlichen Grundton getragen war. Im Gegenteil erwartete Christaller als Folgen der Modernisierung der Landwirtschaft und einer autoritären Führung der Wirtschaft das Anwachsen zentraler Verwaltungen und ein Schrumpfen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung.<sup>49</sup>

Die methodischen Überlegungen, die Christaller dazu bestimmten, dass beispielsweise Wuppertal binnen 30 Jahren von 402 000 auf 302 000 Einwohner schrumpfen sollte, bleiben beim Studium der Akten allerdings dunkel. Christaller nennt in den erhaltenen Unterlagen gelegentlich die Faustformel, die Hauptstadt eines Gebietes könne 20 % der Bevölkerung in sich vereinen, und ging im Übrigen wohl von der Position einer Gemeinde in der zentralörtlichen Hierarchie aus. Auch

---

<sup>49</sup> Vgl. BArch R 49/976: Christaller, Umbau im Altreich (wie Anm. 47).



die statistischen Erhebungsblätter, die für Vorarbeiten zum Bevölkerungsverteilungsplan erhalten sind,<sup>50</sup> illustrieren keine eindeutige Methodik. Beim Durchgehen der Tabellen stellt sich der Eindruck ein, dass Christaller seine Wachstums- und Schrumpfungsempfehlungen mehr auf Basis eines vielleicht systematisierten, aber letztlich intuitiven Zahlenvergleichs ‚gefunden‘ als durch ein reproduzierbares Verfahren erarbeitet hat. Zuletzt dürfte zudem die Vorgabe eine Rolle gespielt haben, die für den Generalsiedlungsplan von Ende 1942 bereits einkalkulierten 15,5 Millionen Menschen, die binnen 30 Jahren für die Besiedlung der annektierten Gebiete aus dem Altreich bereitgestellt werden sollten,<sup>51</sup> durch die Formulierung von Wachstums- und Schrumpfungsziele auch tatsächlich freizustellen. Die realen wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen zentralen Orten und ihren für Christallers theoretischen Ansatz entscheidenden Ergänzungsgebieten blieben unberücksichtigt. Grundlage für den Reichsgliederungs- und den Bevölkerungsverteilungsplan waren damit letztlich vage Annahmen und schematische Zwänge ohne fundierte empirische Begleitforschung. Mehrfach spielen auch politische Aspekte in Christallers Überlegungen hinein, so wenn Trier und Ratibor als volkspolitische Ausstrahlungspunkte und Wachstumspole bestimmt werden.

Das Problem mit diesen Zahlen ist klar: Die NS-Raumplaner formulierten Wunschbild-Planungen mit einem großen quantifizierenden Aufwand, der Messbarkeit suggerierte, sich aber nicht aus einer nachvollziehbaren methodischen Basis ergab. Die Zahlen für das Wunschbild spiegelten Exaktheit vor, beruhten aber zu einem nicht unerheblichen Teil auf der Willkür oder, anders formuliert, auf den besonderen ‚Zugängen‘ der beteiligten Experten, die zu einem erheblichen Teil in politisch-ideologischen Setzungen begründet waren.

## Messbarkeit und Willkür

Versucht man zum Abschluss dieses Überblicks eine Einschätzung, so illustrieren die vorgestellten Ansätze quantitativer Raumplanung ein grundlegendes Problem: Auch eine akribische Aufarbeitung des Zahlen- und Quellenmaterials oder die Rekonstruktion von Verfahren, die im NS-Staat zur Erstellung eines regelrechten Datengebirges von statistischem Material geführt haben, kann die aufgezeigten grundlegenden methodischen Einwendungen nicht ignorieren. Das Konzept eines quantifizierbaren und messbaren Optimums von Siedlungsgrößen, Ausstattung, Tragfähigkeit und Bevölkerungsverteilung muss – in den diskutierten Beispielen – vielmehr grundlegend in Frage gestellt werden. Die Fiktion von Messbarkeit und

<sup>50</sup> Die zum Teil noch nicht einmal vollständig ausgefüllten Tabellenblätter für Städte und Kreise sind überliefert in: BArch R 49/1026.

<sup>51</sup> Vgl. Madajczyk, Czesław; Biernacki, Stanislaw (Hg.): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. München 1994, S. 238 (Dok. 71).

Planbarkeit wird im Fall der NS-Bevölkerungsplanung notwendig selbst zum Gegenstand einer kritischen Wissenschaftsgeschichte.

In diesem Kontext sagen beispielsweise Christallers Grundlagenarbeiten für seinen Bevölkerungsverteilungsplan mehr über die anvisierten Ziele und Denkweisen der Raumplaner aus dem RKF, der RfR und der RAG als über objektive Effizienzzwänge. Sie skizzieren ein statisches Bild eines auf Basis einer ‚völkischen Planwirtschaft‘ von Mensch und Raum erzielten Optimums. Für Entwicklungen und Veränderungen von Wirtschaft und Siedlung wäre nach Erreichen des programmierten Optimums dagegen kaum Spielraum geblieben.

Das beschriebene Material zu Isenbergs Tragfähigkeitsmethode und Christallers Bevölkerungsverteilungsplan illustriert zweitens eine spezifische Rolle von Wissenschaft in einem totalitären und auf ideologischen Grundlagen basierendem Staat. Mit ihren Zahlen suggerierten die Raumforscher des RKF, dass die vermeintliche ‚rassische‘ Überlegenheit einer Menschengruppe in ein operationalisierbares Programm auf wissenschaftlicher Grundlage umgesetzt werden könne und bestätigten damit unwissenschaftliche, ideologische Vorannahmen. Zugleich diene die vermeintlich überlegene, messbare und quantifizierbare Logik einer ‚völkischen Planwirtschaft‘ den Akteuren der beteiligten SS-Planungsstäbe im internen Machtwettbewerb mit anderen Institutionen des NS-Staates der Ausweitung ihrer Befugnisse im planerischen Zugriff auf die Bevölkerung des Altreiches.

Drittens ist an dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung angebracht: Quantifizierbarkeit bzw. Messbarkeit impliziert nicht notwendig Objektivität. Diese ist vielmehr von den Begründungszusammenhängen abhängig, die für die Herleitung und Produktion von Kennzahlen eingesetzt werden. Eine fragwürdige Heranziehung von quantitativen Methoden ist vor allem dann zu befürchten, wenn Zahlen nicht zur Beschreibung eines existierenden Zustandes, sondern zur Charakterisierung eines Wunschbildes eingesetzt werden. Hier besteht die Gefahr, durch Quantifizierung, Klassifikation und Typenbildung ‚Normalität‘, und aus dieser Normalität – fragwürdige – Normativität zu erzeugen.